

**Forum II**  
**Mehr Markt für Wasser?**  
**Wasserpolitik in Europa**

**Mathias Ladstätter – Bundesfachgruppenleiter Wasserwirtschaft, Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di**

**Thesenpapier**

- WRRL: **“Wasser ist kein übliches Handelsgut, sondern vielmehr ein Erbe, das geschützt, verteidigt und als solches behandelt werden muss.”**
- Wasserwirtschaft ist eine Gemeinwohlaufgabe im Sinne der Daseinsvorsorge, darf nicht vordergründig auf Gewinnerwirtschaftung ausgerichtet sein, keine Ware, kein Wirtschaftsgut
- „Das Menschenrecht auf Wasser ist unumgänglich, wenn Menschen in Würde leben wollen. Es ist eine Vorbedingung für die Verwirklichung anderer Menschenrechte“, „Wasser muss als soziales und kulturelles Gut behandelt werden und nicht in erster Linie als Wirtschaftsgut. Die Art, wie das Recht auf Wasser umgesetzt wird, muss auch zukunftsfähig sein und sicherstellen, dass dieses Recht sowohl für die gegenwärtige als auch für zukünftige Generationen geltend gemacht werden kann.“ (allgemeiner Kommentar Nr. 15 des Wirtschafts- und Sozialrats der UN zur Internationalen Konvention im UN – Dokument E/C 12/2002/11)

⇒ Unter diesen Aussagen ist es schon fehlerhaft vom Wassermarkt zu sprechen

- Wir haben diesen Markt, und ausreichend Wettbewerb
- Wettbewerb soll vorrangig um Qualität der Dienstleistung, Nachhaltigkeitskonzepte und Kundenorientierung geführt werden
- Benchmarking kann hervorragend für den „wettbewerblichen“ Vergleich genutzt werden
- Das Bestreben, kommunale Dienstleistungen zu liberalisieren ist seit den neunziger Jahren auf europäischer und nationaler Ebene vorhanden. Damit verbunden ist ein schleichender Prozess eines grundlegenden Strukturwandels. Privatisierungen und Outsourcing, Reduzierung der Qualität der Dienstleistung und der ökologischen Standards stehen auf dem Programm. Um kurzfristig konkurrenzfähig zu bleiben, werden Investitionen zurückgefahren.
- Durch Liberalisierung wird die deutsche Wasserwirtschaft mit ihren hohen Qualitätsansprüchen geschwächt werden. Neoliberale Marktorientierung und shareholder value setzen erfahrungsgemäß andere Maßstäbe. Gewinnmaximierung erdrückt jede an Nachhaltigkeit orientierte Unternehmenspolitik.
- Wettbewerb und Liberalisierung nach EU – Kommissionswillen heißt für die Unternehmen Rückzug auf die Kernaufgaben:
  - Zerstörung sinnvoller Aufgabenzusammenhänge bei der Wasserwirtschaft
  - Gleichgewichtung Ökologie, Ökonomie und Soziales kann nicht mehr eingehalten werden
  - Wichtige Aufgaben der Gewässerbewirtschaftung können von den Unternehmen nicht mehr wahrgenommen werden - Kerngeschäft
  - Zu viele „Zwischenhändler“ im Geschäft

- Synergien durch Einsatz von Fachleuten gehen verloren
- Wasser wird unwiderruflich zur Ware
- Sichtbar bei der Energiewirtschaft:
  - Liberalisierung kostete bereits 80 Tausend Arbeitsplätze
  - Konzentrationsprozesse - Bildung von Oligopolen.
  - Ausgliederungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.
  - Preise für Haushaltskunden gleich oder höher - drastischer Preisrückgang für Industriekunden.
  - Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit, Zunahme von Blackouts (Italien, Großbritannien, Skandinavien, USA).
  - Bedrohung ökologisch sinnvoller und effizienter Erzeugungsanlagen (z.B. KWK).
- Neuaufgabe der GATS – Verhandlungen zeigt, dass die Kommission nichts gelernt hat
- Ver.di fordert wie 2003:
  - In Umweltdienstleistungen keine Öffnung der EU-Märkte für weltweite Billigkonkurrenz
  - Umwelt-Qualitätsstandards dürfen durch GATS nicht ausgehebelt werden
  - Herausnahme insbesondere des Trinkwassers aus GATS, ebenso Abwasser
  - Transparenz der Verhandlungen unter Einbeziehung der Parlamente und der Öffentlichkeit
- Forderungen als Fazit:
  - Einen besseren Ausgleich zwischen Wettbewerbsvorschriften und Leistungen der Daseinsvorsorge.
  - Eine demokratische und transparente Regulierung von geöffneten Märkten im öffentlichen Interesse.
  - Ein Korrektiv der negativen Auswirkungen der Marktöffnung.
  - Eine faire Chance für öffentliche Dienste im Markt.
  - Eine Stärkung der Leistungen der Daseinsvorsorge, um die grundlegenden Bürgerrechte zu garantieren.
- **Es geht uns um eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Liberalisierung schafft nur das Gegenteil – nämlich Umweltzerstörung und Ressourcenmissbrauch für maximalen Gewinn.**
- **Es geht darum, die Aussage der Wasserrahmenrichtlinie mit Leben zu erfüllen:**
- **„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“**

## 10 Punkte von ver.di zu den Privatisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen in der Wasser-/Abwasserwirtschaft

1. Die Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland erzeugen für die Verbraucher/Innen Trinkwasser grundsätzlich mit hoher Qualität, gleichermaßen erbringen die Abwasserentsorger ihre Dienstleistungen auf hohem Qualitätsniveau, unabhängig von der jeweiligen Organisationsform. Dieses Qualitätsniveau ist ausschlaggebend für Entgelt- und Gebührenhöhe.
2. Diese hervorragende Dienstleistung als unverzichtbare Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge ist nicht ohne den engagierten Einsatz der Beschäftigten zu erreichen. Deshalb spricht ver.di sich dagegen aus, die Personalkosten als Schlüssel für Gebühren- und Entgeltabsenkungen zu betrachten. Arbeitsplatzabbau bedeutet, Abstriche an der Dienstleistungsqualität in Kauf zu nehmen und damit einen Imageverlust beim Kunden zu bewirken.
3. Die Privatisierung in der Wasserwirtschaft hat noch in keinem Fall zur Gebühren- oder Entgeltabsenkung geführt. Die Tatsache, Gewinne für die Aktionäre zu erwirtschaften, führt kurz- und mittelfristig zu einer Kostenerhöhung. Um dies zu verschleiern, verzichtet man eher auf die notwendige laufende und Versorgungssicherheit gewährleistende Instandhaltung und auf bestandssichernde Investitionen. Die Wasserver- und Abwasserentsorgung muss neben der ökonomischen Betrachtungsweise immer gleichrangig ökologische, soziale und hygienische Funktionen erfüllen.
4. Entschieden und kompromisslos lehnt ver.di alle Liberalisierungsbestrebungen für die Wasserwirtschaft ab. Liberalisierung, so die Erfahrungen in der Stromwirtschaft, dient einzig den Global Playern, die sich mit ihrer wirtschaftlichen Macht und Finanzkraft eine Oligopolstruktur aufbauen. Liberalisierung zieht Arbeitsplatzverluste, Qualitätsabbau und Missachtung der Umwelt zugunsten von Gewinnmaximierung nach sich. Für die Verbraucher/Innen ist bei einer Liberalisierung der Wasserwirtschaft mit Preissteigerungen und Qualitätseinbußen zu rechnen.
5. In der Wasserversorgung wird etwa ein Fünftel des Wassers von privaten Unternehmen gefördert und an die Verbraucher/Innen verteilt. Im Abwasserbereich liegt der Anteil privater Dienstleister bei 6 % inklusive Betreiber-/Kooperationsmodelle. Gebühren und Entgelte dieser Unternehmen sind keinesfalls günstiger als die der öffentlichen Anbieter.
6. In den europäischen Ländern, in denen der private Sektor überwiegt, ist die Qualität des Trinkwassers schlechter. Shareholder value und Ökonomie befinden sich nicht im Gleichgewicht mit den Umweltaforderungen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft. Aus dieser Erfahrung heraus lehnt ver.di eine weitere, das derzeitige Kräfteverhältnis wesentlich beeinflussende Verschiebung zugunsten privater Dienstleister ab.
7. Es ist unbestreitbar, dass häufig die defizitäre Haushaltsslage der Kommunen zu Privatisierungen führt. Dies ist eine sehr kurzsichtige Haushaltssanierungspolitik. Die Kommunen vergeben Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten bei den kommunalen Dienstleistungen. Der Privatisierungserlös fließt häufig in einen Topf ohne Boden. Beschäftigte müssen um ihre Arbeitsplätze bangen und die Verbraucher/Innen werden um ihr gebührenfinanziertes Eigentum gebracht. Eine Überarbeitung der Steuerreform ist überfällig, da derzeit die Lasten des Steuer senkungsprogramms den Ländern und Kommunen aufgebürdet werden. Auswirkungen auf die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden sind bereits erkennbar.
8. ver.di tritt für eine nachhaltige Wasserwirtschaft ein, in der Vorsorge- und Verursacherprinzip eine entscheidende Rolle spielen. Überwachung und Kontrolle von Schadstoffeinleitern sind Aufgaben der öffentlichen Institutionen. Kooperationen von Behörden, Wasserwirtschaftsunternehmen, Landwirtschaft und anderen Einleitern beim Gewässerschutz sind gleichwohl not-

wendig und müssen verstärkt werden.

9. Eine weitere Privatisierung der Wasserwirtschaft ist abzulehnen. Regionale Entscheidungen können dazu führen, daß Privatisierungen letztendlich nicht mehr zu verhindern sind. Dann kommt es vorrangig auf Sicherung von Beschäftigung und Unternehmensbestand sowie Gestaltung der Arbeitsbedingungen an. Die betriebliche und wirtschaftliche Mitbestimmung ist zwingend zu erhalten.
10. Für ver.di ist es entscheidend, unabhängig von Eigentümerschaft und Unternehmensformen, unsere Kollegen und Kolleginnen zu unterstützen, wenn es gegen den Abbau sozialer und ökologischer Standards geht.